

ÖDP-Stadtratsfraktion

Herrn
Oberbürgermeister
Jürgen Dupper
Rathaus
94032 Passau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit einigen Jahren wurde die Gründung einer Europaregion Donau-Moldau als sogenannter EVTZ mit eigener Rechtspersönlichkeit eher unverbindlich diskutiert. Der genaue zeitliche Anlauf war unklar. Nun ist seit Februar bekannt, dass die Europaregion überraschend schnell bereits am 30. Juni 2012 gegründet werden soll – zunächst als Arbeitsgemeinschaft, jedoch mit dem mittelfristigen Ziel, eine eigene Rechtsperson als sog. Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zu installieren. Letzteres wäre de facto wohl eine neue politische Entscheidungsebene mit vielen rechtlichen Folgen. Daher beantragt die ÖDP-Fraktion die Behandlung des folgenden Fragenkatalogs im zuständigen Gremium des Passauer Stadtrates:

1. Will man wirklich eine derart große Gebietskörperschaft: Niederbayern, Oberpfalz, Oberösterreich, Südböhmen mit 6 Millionen Einwohnern und einer Ausdehnung von 65 000 Quadratkilometern?
2. Wird aufgrund dieser Größe nicht mit einem sehr umfangreichen Direktorium zu rechnen sein mit entsprechender Bürokratie und einem immensen Kostenaufwand?
3. Der Vergleich drängt sich auf: Es könnte eine Art von „Super-Zweckverband“ bisher nie da gewesener Größe und Bedeutung entstehen. Wie sich Zweckverbände und mögliche Untergesellschaften problematisch entwickeln können, ist hinreichend bekannt. Besteht folglich bei bestimmten raumgreifenden Fragen künftig die Gefahr einer Art von Entmündigung der gewählten Stadträte und Kreistage und einer Machtkonzentration bei den Spitzen der Verwaltung?
4. Kann man sich vorstellen, dass diese riesige Gebietskörperschaft gemeinsame Interessen sozusagen „automatisch“ entdecken bzw. feststellen kann? Die tschechische Seite hat z.B. bei der „Begegnung am Goldenen Steig“ im Oktober 2011 fast ausschließlich konkrete Straßenbauprojekte als ihre Interessen vorgebracht und die Erfüllung ausdrücklich von der geplanten EVTZ Donau-Moldau erwartet...
5. Könnte die Europaregion Donau-Moldau als EVTZ Zuschüsse für umstrittene Projekte wie die geplante Erweiterung des AKW Temelin oder für den Donauausbau beantragen oder gewähren?
6. Wer würde das Handeln des Direktoriums eines EVTZ politisch kontrollieren? Wird eine Art grenzüberschreitendes und demokratisch legitimierte Regionalparlament gebildet? Oder besteht das Kontrollorgan überwiegend aus Landräten und

Oberbürgermeistern? Welche Einwirkungsmöglichkeiten haben dann die gewählten Bürgervertreter in den Städten und Kreisen?

7. Werden durch einen eventuell entstehenden EVTZ die von der bayerischen Bevölkerung per Volksentscheid beschlossenen direktdemokratischen Instrumente (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) ausgehebelt? Zum Beispiel, in dem umstrittene Infrastrukturprojekte von dem EVTZ verfolgt werden?

8. Wäre die Gründung eines EVTZ vereinbar mit geltendem deutschem und bayerischem Recht?

9. Wird die Donau-Moldau-Region auf der Basis der EU-Verordnung Nr. 1082/2006 vom 5.7.2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) geplant?

Begründung für die Anfrage:

Die Begründung ergibt sich aus der Bedeutung der aufgeführten Fragen. Die ÖDP-Stadtratsfraktion steht selbstverständlich hinter einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und begrüßt das Zusammenwachsen der europäischen Regionen ausdrücklich. Auch ein gemeinsames Auftreten in Konkurrenz zu den Metropolregionen ist sicherlich sinnvoll zur Stärkung des ländlichen Raums.

Ein EVTZ als eigene Rechtspersönlichkeit und Gebietskörperschaft muss aber demokratisch legitimiert und von der Bevölkerung durch Wahlentscheidung beeinflussbar sein. Ist dies nicht der Fall, hätten wir nicht nur an der Spitze der EU eine nicht vom Volk legitimierte Kommission, sondern auch noch auf der regionalen Ebene eine wohl ausschließlich von der Exekutive beeinflusste Körperschaft. Das lehnt unsere Fraktion aus grundsätzlichen demokratischen Gründen ab.

Mit freundlichen Grüßen

Urban Mangold

für die ÖDP-Stadtratsfraktion